

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Verkaufspreis beträgt bei ihrer Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4,50 M., bei direktem Postbestellmonatlich 5,15 M., bei Zustellung unter Streifenband für Deutschland 7.— M., für Ausland 8.— M., per Brief 15.— M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inhaltsstoffe des achtseitigen Nonpareil-Blattes, deren Name einig, Censurverpflichtung 2,20 M., das festgedruckte Wort 1,15 M., jedes weitere Wort 85 Pf., Familien- und Organisationsanzeigen die achtseitigen Nonpareil-Blätter 2,40 M., das festgedruckte Wort 75 Pf., jedes weitere Wort 45 Pf. Intervalle für den darauf stehenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition angesetzt sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19, Fernsprecher: Amt Norden 2895-96, 9768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ein Schritt zum Frieden im Osten.

Waffenstillstand zwischen Estland und Sowjetrußland.

Zwischen Estland und Sowjetrußland ist, wie uns gemeldet wird, am 31. Dezember ein Waffenstillstand abgeschlossen worden. Er tritt in Kraft am 3. Januar, 10.30 Uhr. Der endgültige Friedensschluß ist mit Sicherheit zu erwarten.

Studienreise englischer Gewerkschafter.

Amsterdam, 2. Januar.

„Laut „Telegraaf“ werden die britischen Behörden alles tun, was in ihrer Macht steht, um der Abordnung der britischen Gewerkschaften die Reise nach Rußland zu erleichtern. Sie soll noch vor Februar erfolgen.

Diese Meldung steht im Widerspruch zu der bereits veröffentlichten Notiz, wonach die englische Regierung die Bitte verweigert haben soll.

Arbeitslosenversicherung in England.

H. N. London, 2. Januar.

Die britische Regierung hat eine Gesetzesvorlage zur Versicherung gegen Arbeitslosigkeit eingeführt. Diese Versicherung wird 11½ Millionen Arbeiter zwischen 16 und 60 Jahren umfassen. Gegen eine wöchentliche Zahlung von 5 Pence sichert ein Arbeiter sich eine Unterstützung von 15 Schilling wöchentlich, während die Frauen bei einer Zahlung von 2½ Pence 12 Schilling pro Woche erhalten sollen. Die Arbeitgeber zahlen für jeden Beschäftigten den gleichen Betrag, während der Staat ein Drittel des Gesamtbetrages trägt.

Auch in England soll also die Arbeiterschaft zu den Kosten der Versicherung aus Lohnmitteln beitragen, was wir grundsätzlich ablehnen müssen.

Amerita, du hast es besser.

Washington, 2. Januar.

Am 12. Januar tritt die panamerikanische Finanzkonferenz in Washington zusammen. Sie bezweckt die Vereinheitlichung der Handels- und Finanzbeziehungen zwischen den verschiedenen amerikanischen Ländern. Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte: Das Geldbedürfnis der amerikanischen Republiken, Anweisung von Mitteln zur Förderung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen, Abschaffung der Verwaltungs- und Zollhindernisse, Vereinheitlichung der Handelsabrechnung, Verbesserung der Land-, See-, Post- und Telegraphenverbindungen. 21 Republiken werden durch 60 Delegierte vertreten sein.

Während man sich in Europa zerfleischt und vor lauter Kapitalistischem und nationalitätlichen Beschränktheiten unendliche Streitengebilde schafft, die das Verkehrs- und Wirtschaftswesen noch mehr komplizieren, als es bisher der Fall war, geht man in Amerika in nächster Erwägung den Weg der Vereinheitlichung und Nationalisierung der Verkehrs- und Wirtschaftsgebiete.

Komödianten.

Die Behauptung der „Täglichen Rundschau“, der Reichspräsident Ebert wolle, wenn die Entente auf der Auslieferung der künftigen Militärpersonen bestche, sein Amt niederlegen, weil es ihm unmöglich sei, diese Schande mitzumachen, ist amtlich als ein parteipolitisches Manöver bezeichnet worden. Aber die „Tägliche Rundschau“ löst sich dieses Dementi nicht gefallen, sondern macht nähere Mitteilungen über den Ursprung ihrer Nachricht. Danach sollen sich die Fraktionen der Nationalversammlung (gemeint sind wohl die Mehrheitsparteien) mit der Frage von Eberts Rücktritt bereits amtlich befaßt haben, und es sei dabei ein Programm für die Behandlung der Angelegenheit entworfen worden. Der Mann, der die Schande Deutschlands nicht mitmachen kann, soll nach feierlicher Amtsniederlegung oder der Drohung der Amtsniederlegung von den Parteien

der Mehrheit inskünftig gebeten werden, das Amt trotz der Schmach der Auslieferung zu behalten.

Wenn tatsächlich derartige Absichten bestanden haben, dann ist es ein Verdienst des deutschnationalen Blattes gewesen, daß es durch seine vorzeitige Veröffentlichung die Durchführung dieser Komödie unmöglich gemacht hat. Daß aber überhaupt der Plan eines so albernen wie widerwärtigen Schauspiels aufstanden konnte, ist gleich bezeichnend für die Regisseure wie für den, dem die Rolle des Hauptdarstellers zugebacht war.

Sofortige Einberufung der Preussischen Landesversammlung.

Im Auftrage der Unabhängigen Fraktion haben die Genossen Adolf Hoffmann und Rosenfeld den sofortigen Zusammentritt der Preussischen Landesversammlung verlangt: Die Tarifberatung zwischen der preussischen Eisenbahnverwaltung und den Vertretern der Eisenbahnerorganisationen drohen ins Stocken zu geraten und zu scheitern, weil die Eisenbahnverwaltung die Verhandlungen verschleibt und den Forderungen der Eisenbahner hartnäckigen Widerstand entgegensetzt. In Magdeburg ist es bereits zu einem blutigen Eisenbahnerstreik gekommen.

Bei dieser Sachlage ist es Aufgabe der Preussischen Landesversammlung, einzugreifen und die Regierung zu zwingen, die berechtigten Forderungen der Eisenbahner zu erfüllen.

Wir beantragen daher die sofortige Zusammenberufung der Verfassungskonstituierenden preussischen Landesversammlung.

Wir begrüßen den Schritt unserer Parteigenossen, sind aber, daß sie damit bei Herrn Veitner und den Wehrheitsparteiern des Preussischen Reichstages wenig Verständnis finden werden. Gerade in der Frage, die mit Recht von unserer Fraktionsvorstand als brennender Grund für die sofortige Einberufung der Landesversammlung angesehen wird, hat diese Versammlung bisher eine Blödeheit an den Tag gelegt, die unglücklich ist.

Wir erinnern daran, daß in einer Sitzung der preussischen Landesversammlung Anfang Oktober d. J. ein Antrag der drei Mehrheitsparteien zur Annahme gelangte, der die Regierung um beschleunigte gründliche Umgestaltung der Eisenbahnverwaltung und eine allen Anforderungen genügende technische Ausgestaltung der Eisenbahnwerkstätten ersucht. Der Antrag verlangt ferner entgegen dem wiederholt deutlich ausgesprochenen Willen der Eisenbahner aller Richtungen — sofortige veruchsweise Einführung eines Akkord- oder Prämien-systems zur Hebung der Arbeitsleistung. Dabei soll die Arbeiterschaft durch ihre Vertrauensleute mitwirken und insbesondere an der Festsetzung und der Durchführung der Bedingungen beteiligt werden. Merk-würdig ist die Art, wie das gemacht werden soll. Es sollen künftig innerhalb jedes Eisenbahnbetriebs sogenannte „Leistungsaußschüsse“ eingeführt werden, die mit weitgehenden Befugnissen ausgestattet sind. „Leistungsaußschüsse“ ist gut!

Die Leistungsaußschüsse sollen feststellen, ob jeder Arbeiter am rechten Platz steht, ob er imstande ist, die ihm übertragene Arbeit durchzuführen, und ob er ein zu verlangendes Mindestmaß an Arbeit erfüllen kann. Sie haben in gemeinsamer Beratung mit den Ingenieuren und Leitern der einzelnen Werke Vorschläge über bessere Arbeitsmethoden, wünschenswerte Neuerungen usw. zu machen. Sie sollen ferner mit dafür Sorge tragen, daß jederzeit die Lager für Reparaturteile, Werkzeuge und sonstige Materialien so versorgt sind, daß eine Reparatur nicht unnötig verzögert wird. Sie sollen auch dafür Sorge tragen, daß eine ständige Verbindung zwischen den Werkstätten oder Betrieben mit den Eisenbahndirektionen bzw. mit der Eisenbahnverwaltung stattfindet.

Das ist das Rätesystem, wie die Mehrheit der Landesversammlung es aufstellt. Man stelle sich vor, was diese erleuchtete Gesellschaft in der gegenwärtigen kritischen Situation im Eisenbetrieb anfangen wird, wenn sie ihre Billigkeit erkennen und sich damit befaßt sollte.

Die Grundfehler des Betriebsrätegesetzes.

W. K. Unter dem Druck gewaltiger Massenstreiks und heftiger Straßenkämpfe haben die Ebert, Bauer und Genossen Betriebsräte verprochen, die den Arbeitern Einfluß auf die sozialistische Umgestaltung der Produktion sichern sollten. Nachdem inzwischen durch Noskes Militarismus der Kapitalismus wieder zur Alleinherrschaft gekommen ist, haben die regierenden Sozialisten die Forderung nach sozialistischer Produktionsregelung in den großen Glaschrank der Agitationspropaganda gestellt. Nur bei den Paraden, die die regierenden Herren mit ihrem irreführenden Fuhrwerk abhalten, wird das ideale Schauspiel gelegentlich noch hervorgeholt.

Mit der Sozialismus befehle gestreift, so will man auch keine zu keiner Verwirklichung brauchbare Betriebsräte schaffen. Das Betriebsrätegesetz trägt deshalb diesen Namen zu Unrecht; es bringt die versprochenen Betriebsräte nicht. Die kapitalistische Herrschaft hat nur eine Neuordnung der Bestimmungen über Arbeiter- und Angestelltenaußschüsse zugelassen.

Die Rechtssozialisten aber schließen diesen Vorbruch ihrer regierenden Männer und spielen dem Volke die Komödie vor, als ob im Ernst ein Gesetz über Betriebsräte gemacht werde. Dabei wissen die Komödianten genau, daß in dem neuen Gesetz nicht ein einziger Funke des Rätegedankens glüht. Die Grundforderungen der Arbeiterbewegung sind die Grundfehler des sogenannten Betriebsrätegesetzes geworden. Es mangelt diesem Gesetze alles, was zum Wesen der Räteidee gehört.

Das Rätesystem muß schon in seinen untersten Stufen die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte bringen, wenn sein Aussehen fähig sein soll, die sozialistische Wirklichkeitsweise zu stützen. Geistig arbeitende Angestellte und körperlich tätige Arbeiter dürfen in den Räten nicht voneinander getrennt sein. Hand- und Kopfarbeit gehen auch bereits so ineinander über, daß ihre Trennung eine Vergewaltigung bedeutet oder wie eine Unterdrückung einzelner Gruppen wirken muß. Als die ersten Flammenzeichen der Räteidee die Bergarbeiter des Ruhrgebietes und des Mitteldeutschen Reviers erfaßten, leuchtete allen Bewußtsein sofort ein, daß die Verwirklichung des Proletariats in gehobene und niedrige Schichten durch die Revolution endgültig überwunden sein muß. Die bewußte und freudige Annäherung zwischen Arbeitern und Angestellten war ein Ergebnis der revolutionären Umwälzung, aber auch die Voraussetzung für ihre Fortführung zum Sozialismus.

Das Betriebsrätegesetz ist konterrevolutionär, weil es diese Bewegung unterdrückt und die Versplitterung des Proletariats in verschiedene Gruppen erneut stabilisieren will. Entgegen der Räteidee, bringt das Gesetz nicht die gemeinsame Wohl für alle Beschäftigten eines Betriebes. Arbeiter wählen für sich, Angestellte wählen für sich. Es gibt Arbeiterräte, Angestelltenräte und späterhin auch noch Beamtenräte. Das Proletariat wird zerlegt; der Kapitalismus kann nach dem Grundsatze: „Teile und herrsche“ die einzelnen Teile der arbeitenden Bevölkerung gegeneinander ostentieren, um sich seinen Profit, seine Bereicherung und seine Macht zu sichern. Ein Erfolg der Gegenrevolution!

Das wirtschaftliche Rätesystem, das die Sozialisierung der Produktion als zentralisierter Träger der Selbstverwaltung der Arbeitenden verwirklichen soll, erfordert den entscheidenden Einfluß der arbeitenden Kräfte im Produktionsprozeß. Als Vorstufe dieser kommenden Zeiten haben die Betriebsräte die Forderung des Kontroll- und Mitbestimmungsrechts erhoben. Der Betriebsrat muß in alle Angelegenheiten der Unternehmungen Einsicht nehmen können, muß sich um alles kümmern dürfen, wenn er für die Regelung der Produktion nützlich tätig sein soll. Dieses Recht, oder besser die Pflicht, sich um alle Angelegenheiten des gesamten Produktions- und Verteilungsprozesses zu kümmern, wird die Betriebsräte erst in die Lage versetzen, bei der Durchführung der sozialistischen Produktionsweise für eine wirksame Reorganisation der Arbeitsmethoden und

zunge, für die technische Bedung und organisatorische Vereinarbeitung des Produktionsprozesses tätig zu sein. Aber auch die Förderung der Betriebsicherheit und der verbesserte Schutz der menschlichen Arbeitskraft, unseres wertvollsten Gutes, wird dem Betriebsrat erst möglich, wenn er das uneingeschränkte Kontrollrecht für alle Vorgänge innerhalb des Unternehmens ausüben kann. Die Durchführung dieser Forderung müßte der Aufgabe eines wirklichen Betriebsrats gleich sein. Mit Nachdruck wird diese Forderung seit über einem Jahre von den Arbeiterräten erhoben; heiß angekämpft, war sie der Mittelpunkt der großen Streikbewegung, die im Februar vorigen Jahres Rheinland-Westfalen und Mitteldeutschland erschütterte. Und doch bringt das Betriebsrätegesetz der Reichssozialisten die Erfüllung nicht. Antisozialistisch sollen die Betriebsräte ihre Geschäftnahme in einige wenige Betriebsangelegenheiten beschränken. Nicht sozialistische Produktion sollen sie erstreben, sondern das Gegenteil, den Kapitalismus stärken, stützen und fördern. — Konterrevolution ist der Inhalt dieser angeblichen Arbeiterforderung.

Wesentliches als das umfassende Kontrollrecht ist die Forderung nach dem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter über ihre eigenen Angelegenheiten im Produktionsprozeß. Über Gehalt- und Lohnangelegenheiten, Arbeitsbedingungen, Arbeitsordnung, über Einstellung, Verlegung, Beurlaubung, Kündigung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten wollen die arbeitenden Menschen durch ihre Betriebsräte selbst mitentscheiden, sie wollen nicht mehr willenlose Objekte in den Händen herrischer Ausbeuter sein. Sie glauben, die Revolution habe sie freigemacht von diesem Druck des Kapitalismus, und manche hoffen, daß das Betriebsrätegesetz wenigstens das wirkliche Mitbestimmungsrecht über ihre eigenen Angelegenheiten im Betriebe sichern würde. Es ist anderes gekommen. Die Herren Unternehmer haben auch nach diesem Gesetzentwurf das Recht, über Monatsgehälter zu entscheiden, wie es ihrer persönlichen Lust und Laune gerade gefällt. Ueber die bisher durch Verordnungen gegebenen Wirkungsmöglichkeiten der Ausschüsse wird kaum hinausgegangen. Der Schlichtungsausschuß mit dem bürgerlichen, vom Geiste der kapitalistischen Weltordnung erfüllten Vorständen ist der einzige Hügel, der der Unternehmernützlich angelegt ist. Wir kennen diese famose Einrichtung aus der Zeit des Krieges. Das vermißte Hilfsdienstgesetz ist der Vorläufer dessen, was man jetzt im Betriebsrätegesetz feilt. Die vorrevolutionären Einrichtungen blühen auf. Das Mitbestimmungsrecht der Ausschüsse ist der Gegenrevolution zum Opfer gefallen.

Wer den erwarteten Kapitalismus genügt es nicht, die Erfüllung revolutionärer Forderungen verhindert zu haben. Sie geben zu offenem Vorschlag über. Sie besitzen die Stimm, der Arbeiterkraft ein angeblich „soziales“ Gesetz darzubieten, das direkte Eingriffe in die bisherigen Grundrechte des Proletariats enthält. Die kapitalistischen Betriebsräte sollen ein Mittel zur Verhinderung von Streiks werden, sie sollen das freie Streikrecht der Arbeiter in ein bedingtes Recht verwandeln. Auch die Möglichkeit, sich nach freiem Willen zusammenzuschließen, soll das Betriebsrätegesetz kahlern. Man will den Zusammenschluß der Betriebsräte verhindern, indem man in kapitalistisch klug berechneter Weise Verträge zwischen Betriebsräte geistlich verbietet. Die stilligen Unternehmer wissen, daß ohne Beiträge eine Organisation nicht lebensfähig werden kann. So soll hintertäts der selbständigen Betätigung im Sinne des Rätekommunismus das Genid gebrochen werden.

Der konterrevolutionäre Triumph aber ist der Schluß des Gesetzes, der die Aufhebung aller bisherigen Arbeiterrechte und Betriebsräte verflügt. Damit fallen auch deren in der Revolution oder später durch Genossenschaftskämpfe Rechte. Die Wirksamkeit der auf revolutionären Grund gefüßten Betriebsräte wäre damit gesehentlich abgewürgt. Das bedeutet für die tatkraftige Arbeiterkraft in weiten und wichtigen Industriebezirken Deutschlands ein Zurückbleiben aus den revolutionär ererbten Schranken. Der Arbeiterkraft die Aufgabe dieser „Arbeiterverbände“ Rechte zusammen, kommt einer Prostitution gleich. Die Freizügigkeit der bisherigen Stellung zahlreicher Arbeiter- und Betriebsräte kann nur von den Feinden des Sozialismus gefordert werden. Das Kompromiß der Reichssozialisten mit den Gegnern des Sozialismus erstreckt sich dadurch als ein offener Verrat der Erregungskosten der Revolution.

Die betrockenen Verhandlungen der Nationalversammlung über dieses Gesetz mußten der Arbeiterkraft Anlaß geben, sich mit allen Einzelheiten dieser vorrästlichen Gesetzgebungsarbeit zu beschäftigen. Der Entrüstungssturm des gesamten revolutionären Proletariats muß zeigen, wie die Arbeitmassen über dieses Nachwerk der Verräter und Gegenrevolutionäre denken.

Gründliche Arbeit.

Die Presse meldet in einer offiziösen indifferenter Notiz, daß der kritische Bericht des Ausschusses der Nationalversammlung für soziale Angelegenheiten für das Gesetz über Betriebsräte zur Verteilung gelangt ist. Triumphierend wird berichtet, daß der Regierungsentwurf im Ausmaß gründlich umgestaltet worden ist. Man hat in der Tat keinen Stein auf den anderen gelassen, denn von den 56 Paragraphen der Regierungsvorlage haben nur sechs ihre ursprüngliche Fassung behalten. Da sage noch einer, daß im Parlament nichts geübt wird! Nun war der königliche Regierungsentwurf zwar nichts anderes wert, als eine gründliche Umkrempelung, und wenn sie Verbesserungen zugunsten der Arbeiter in dem Maße gebracht hätte, wie sie in Wirklichkeit den Königgedanken zur Unkenntlichkeit verstümmelt hat, so könnten auch wir wohl ein wenig Freude an dieser Arbeit der Kommission haben. Aber die Dinge liegen anders. Die Arbeit der Kommission ist gründliche Arbeit für die Konterrevolution, wie wir noch im einzelnen nachweisen werden.

Der Ausschuß schloß natürlich vom Plenum die Annahme der neuen Fassung vor, und außerdem legt er zwei Entschlüsse auf den Tisch des Hauses, die folgendes fordern:

1. die Reichsregierung zu ersuchen, umgehend einen Gesetzentwurf, betreffend einen erweiterten Schutz der Bergarbeiter und

die Sicherung einer wirksamen Aufsicht unter geordneter Mitwirkung der Arbeiter vorzulegen;

2. die Reichsregierung zu ersuchen, zunächst bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den den Arbeitnehmern in Betrieben vor Kleinbetriebsbetrieben die Beteiligung an den Unternehmungen durch den Erwerb von kleinen Beteiligungen (Arbeiter-) Aktien erleichtert wird.

Wir sind gespannt, zu welchen neuen Taten sich die hohe Versammlung und ihre Regierung auf Grund dieser Anregungen entschließen wird.

Politische Prostitution.

Die „Niederlage“ von Gotha.

Die Roskiden schreien Triumph. Der „Vornachricht“ berichtet, daß die Unabhängigen in dem „besonders radikalen Gotha“ bei der Bürgermeistereiwahl „eine vernichtende Niederlage“ erlitten hätten, der Heilmann schmiert einen ganzen Leitartikel herum, worin er für die Roskiden die Folgen aus dieser „Niederlage“ zieht. Wir wollen inzwischen feststellen, was es mit dieser „Niederlage“ auf sich hat. Bei den Stadtverordnetenwahlen in Gotha, die kurz vor der Bürgermeistereiwahl stattfanden, erhielt unsere Partei 8884 Stimmen, für die bürgerlichen Parteien stimmten 10286 Wähler. Die Bürgermeistereiwahl ergab 5951 Stimmen für uns, 11167 Stimmen für den bürgerlichen Kandidaten, bei dem auch die Reichssozialisten Unterstützung gefunden hatten. Wir verloren also 2783 Stimmen, die Bürgerlichen gewannen 881 Stimmen. Nach dem Ausfall der Stadtverordnetenwahl war auf keinen Sieg des unabhängigen Kandidaten zu rechnen. Daraus ergibt sich von selbst, daß unsere Anhänger in einer ungünstigen wahlkämpferischen Situation standen. Wie unser Parteiführer in Gotha, das „Volkblatt“, mitteilt, hätte unsere Partei deshalb auch keine übermäßigen Anstrengungen für die Wahl gemacht. Es berichtet:

Eine einzige Wählerversammlung, in der der Kandidat sich vorstellte, und ein einziger Parteitag von sehr geringem Umfange kurz vor der Wahl zum Teil am Wahltag selbst verbreitet, und eine Anzahl kleinerer Kräfte im „Volkblatt“ waren die einzigen „angehörigen Anstrengungen“, um den „Sieg“ zu erringen, um die „Nachprobe“ zu unternehmen. Die vereinigten Parteien haben dagegen mit einigem Schindern auf ihre „Fehler“, denn dem „Volkblatt“ enthielt selbst in seinem Siegesartikel folgender Vorwurf:

„Die Wahlaktion für Dr. Scheffler war von den Parteien Deutsche demokr. Partei, deutsche Volkspartei, deutschnationale Partei und sozialdemokr. Partei gemeinsam betrieben worden. Die nicht unerheblichen Kosten fallen den verschiedenen Parteien anheim.“

So sieht also die „vernichtende Niederlage“ in Wirklichkeit aus. Die bürgerlichen Vorleser haben einen „Sieg“ errungen, den ihnen unsere Partei in der jetzigen Situation gar nicht streitig machen konnte. Was aber das Kennzeichen bei diesen Wahlausgängen ist. Am lautesten über den „Sieg“ des bürgerlichen Kandidaten jubeln die Reichssozialisten; sie feiern den „Sieg“, den das kapitalistische Bürgertum über das Arbeiterbewußte Proletariat errungen hat, wie einen Sieg, der ihnen selbst zugefallen ist. Das ist nicht mehr politische Kurzsichtigkeit, das ist politische Prostitution.

Wenn die Roskiden noch ein wenig Witsch befähigt, so hätten sie sich hüten müssen, diesen bürgerlichen „Sieg“ als den ihren zu feiern; denn selbst bei der gänzlichsten Ausschließlichkeit der Kandidaten der unabhängigen Sozialdemokratie durchzuführen, haben rund 6000 Arbeiter in dem vorwiegend bürgerlichen Gotha für unsere Partei gestimmt. Wenn ihr Gedächtnis nicht so kurz gewesen wäre, so würden die Reichssozialisten sich ermannt haben, daß noch kurz vorher auch in dem benachbarten Eisenach Gemeindevorwahlen stattfanden. Dort sind die bürgerlichen Stimmen wesentlich zurückgegangen, die Roskiden haben die Hälfte ihrer Anhänger verloren, unsere Partei dagegen konnte ihre Stimmenzahl noch vermehren. Eisenach gehört zum Verbreitungsgebiet des Gothaer Volksblatts, deshalb ist ein Vergleich mit Gotha wohl angebracht. Es steht fest, daß die Reichssozialisten nur dort noch Triumphe feiern können, wo sie sich mit dem Bürgertum auf Geduld und Geduld verbinden. Die „vernichtenden Niederlagen“ dagegen, von denen ihre Prestigeleiten sprechen, beschränken sich bei uns auf tatsächliche Misserfolge isolater Natur.

Die von uns gestern wiedergegebene Kritik der „Reichssozialisten“ an der Stellungnahme des „Gothaer Volksblattes“ wird auch vom „Halleischen Volksblatt“ abgedruckt. Es bemerkt dazu folgendes:

Wenn die „R. V.“ in einer harten Schlusswendung behauptet, ob in Gotha „noch Sozialdemokraten im Namen der Partei... die Parteiführer befragen“, so heißt das denn doch in den gleichen Fehler verfallen, den die Redaktion des „Gothaer Volksblattes“ begeht, wenn sie sich genötigt fühlen über die Wahlniederlage zu schreiben. Sie ist doch immerhin einigermaßen auffällig, so daß man über eigentlichen Ursachen jedenfalls ernsthaft nachdenken darf. An den Gothaer Genossen wird es sehr leichtfallen, ob und welche Fehler ihrerseits etwa das wenig erfreuliche Wahlergebnis herbeiführt haben. Nur so können sie künftig die erlittene Scharte wieder auswetzen.

In seiner Neujahrsummer schreibt das „Gothaer Volksblatt“ in einem Leitartikel folgendes zu dem Wahlausfall:

Daß die R. V., mehr der Not gehorchend, nicht dem eigenen Trieb entsprechend, sich an der Wahl beteiligen mußte, war für uns klar. Unzulänglich war überhaupt die Auffassung bei vielen Genossen vorhanden, daß wir Sozialisten über uns selbst, denn abgesehen davon, daß unsere Partei noch nie in der Stadt Gotha die Majorität der Wähler auf sich vereinigte, hätte die Wahl unserer Genossen besser vor eine ganz unvorteilhafte Situation gestellt. Im Endeffekt ist nicht ein einziger sozialistischer Senator und das Stadtvogelweidenkollegium in seiner Redegabe aus bürgerlichen Abgeordneten zusammengesetzt, die Verantwortung steht unter dem Sozialistenschild, wie hätte unser Genosse bei einer fruchtbringenden politischen Tätigkeit ermahnen sollen? Von Schmitz und Trill war er auf den heftigsten Widerstand der bürgerlichen Sozialisten (einschließlich der mit ihnen eng verwandten Sozialdemokraten, die von gleichem Fleiß und Mut sind) gelassen. In wenigen Tagen hätte er sich entweder Spezialkandidat oder es hätte zu einer Ernennung des gesamten Stadtvogelweidenkollegiums wie der Senatoren kommen müssen. Es blieb uns trotzdem nichts weiter übrig als die Wahlteilnahme, doch war für uns diese Wahl nur eine Fälschung unserer Stimmen... Viele unserer linkslebenden Genossen haben diesmal Recht Stimmenhaltung geübt, grundrechtlich; wenn die ihre Politik ändern dürften die Siegesfeier unserer Bürgerlichen sehr mager aus-

fallen. Ihre bestmögliche Bewusstheit haben die bürgerlichen Sozialisten im wesentlichen dem bei ihnen doch so wenig beliebten „sozialistischen Flügel“ (zwar nicht der R. V.), was aus der Hochzeit der Arbeiterpartei zu verstanden. Darüber sollen sich doch unsere Gothaer bürgerlichen Genossen Klarheit über die Verhältnisse arbeiten für uns.

Schließlich erwartet unser Gothaer Parteitag, da die Wählerkraft sich auch bei Gemeindevorwahlen noch politisch und wirtschaftlich in Interessen orientieren werde; dann würden auch die Gothaer einsehen, daß ihre Wahlmüdigkeit oder die Erregung ihres Mißvergnügens gegen die R. V. eine Freischaltung bedeutete, denn die „positive Unfähigkeit“ ihrer Landespolitik entsprang nicht der „Moraldefizienz“ Richtung unserer Partei, sondern der Unfähigkeit der Demokratie und der Sozialdemokratie im Ehrliche, die jede positive sozialistische Arbeit von Rechts wegen unmöglich machen, da diese die Ausbeutung und den Ruin „geschaffen“ könnte.

Grelling und der Untersuchungsprozeß.

Der Geschäftsführer des parlamentarischen Untersuchungs-ausschusses, der demokratische Abgeordnete Dr. Herz, hat vor kurzem mit durchaus unzulänglichen Mitteln den Versuch gemacht, die Ablehnung des Dr. Grelling als Sachverständigen zu rechtfertigen. Genosse Grelling hat darauf, wie er uns mitteilt, in einer neuen Eingabe an den Untersuchungsausschuß die persönlichen Darlegungen beantwortet und er ist dabei besonders auf die Behauptungen eingegangen, daß seine Untersuchungen über die Kriegsgeschichte wissenschaftlich wertlos seien. Er befindet sich in der glücklichen Lage dem „Werturteil“ des Herrn Geschäftsführers das eines der angelaufenen Sachverständigen, des Grafen Montgelas gegenüberzustellen. Der hat seinerzeit über die Grellingschen Bücher „Accuse“ usw., folgendes Urteil gefällt:

„Der Verfasser ist wie in der Schulfrage über den Ursprung des Krieges, so auch in der zweiten Schulfrage, nämlich der Frage nach der Schuld an der Verlängerung des Krieges, sachlich und sachgemäß vorgegangen. Aber als erster durch ein so umfangreiches Material sich durchgearbeitet, der wird notwendigerweise manchen Irrtum begehen. Wenn diese durch spätere Forscher ausgedehnten Irrtümer bei einer Neubearbeitung ausgemerzt, wenn gleichzeitig mancher Wiederholungen und Wiederholungen vermieden werden, dann wird das Buch für alle Zeiten ein unentbehrliches Nachschlagewerk und wertvolles Hilfsmittel beim Studium sowohl der Vorgeschichte des Krieges als auch der Entwicklung der Kriegsgeschichte beider Parteien sein.“

Graf Montgelas hat sich leider in der entscheidenden Sitzung nicht für die Zulassung eines Mannes ausgesprochen, über dessen Arbeiten er sich so lobend äußerte. Er hielt freilich heute — aus unbekanntem Grunde — in der Beurteilung der deutschen Schuld nicht mehr auf dem Standpunkt, den er während des Krieges eingenommen hat, aber diese Sinnesänderung hätte ihn nicht hindern dürfen, für die Hinzuziehung Grellings einzutreten. Im Gegenteil, er hätte durch ihre Befürwortung den Beweis dieser Objektivität erbringen können.

Wenn aber Herr Dr. Herz den Vorschlag eines selbst vor Montgelas lebhaft anerkannten Verfassers wissenschaftlichen Wert abspricht, so ist es uns dunkel, welchen Maßstab er an Untersuchungen dieser Art anlegt, und wie können einstellend aus demuten, daß ihm nur solche Veröffentlichungen wertvoll erscheinen, die die Unschuld Deutschlands „beweisen“ und dank gähnergeit auch ihn selbst und seine Partei entlasten.

Im übrigen können wir nur erneut die Warnung an den Ausschuß richten, unsere Geduld durch seinen Widerstand gegen eine resolute und rücksichtslose Auffklärung der von ihm zu erörternden Fragen nicht auf eine allzu harte Probe zu stellen.

Die Wirkungen des „Stahlabades“.

Es ist keine Neuigkeit, daß sich Arbeit und Gemeinheit seit der geordneten Kriegszeit in steigendem Maße befinden. Verschiedenes gibt es in Halle und Hülse, bis zu welchem Grade von Verwirrung geistig in der Haller-Hiller-Gemeinschaft. Daß das durchaus kein Einzelfall ist, daß ähnliche Fälle im Felde an der Tagesordnung waren, weiß jeder, der draußen war.

Gleich schlimm und niederträchtig aber ist die Art und Weise, wie man Kriegsbeschädigte behandelt. Einige vor kurzem erst die Spandauer Schachschäre, daß man sich nicht schaut, sie einfach überzulassen, wenn sie energisch ihre Forderungen und Rechte vertreten, so haben wir heute über einen neuen Fall von erhöhter Arbeit gegenüber einem Kriegsbeschädigten zu berichten.

Der Kriegsgeschädigte Edebrecht, Reichstraße 22 wohnt, dessen Rentenunterstützung noch nicht abgeschlossen ist, der auch keine Arbeitslosenunterstützung erhält, suchte sich durch Eigeninitiative auf dem Lösserplatz einen kleinen Erwerb zu verschaffen. Am Dienstag wurde er beim Erntesammeln in Haft genommen und bis Freitag nachmittag festgehalten. Bei der Befragung wurde er von dem Leiter des Polizeibüros namens Wegger hart misshandelt und mit „Schwein, Schwein, Vieh, bist du schon wieder da!“ mißhandelt. Später holte dieser Vollzugsbeamte zwei Missetäter, die auf seinen Befehl dem Kriegsbeschädigten mit der Faust ins Gesicht schlugen und auf die Brust traten. Ein Arbeiter Peters nahm kein Gewehr und versuchte dem Gekerkten mit dem Rücken drei Schläge quer über den Arm, so daß er den Arm nicht mehr bewegen kann und ihn in der Hand tragen muß. Beim Gedröhre wurde er im Zimmer des Leiters des Polizeibüros ebenfalls getreten und geschlagen. Denn wurde er in eine kalte Zelle ohne Bett untergebracht und nach dreiwöchiger Haft entlassen.

So springt man mit Menschen um, die für das Vaterland Gut und Leben geopfert haben. Der Kriegsbeschädigte war in unserer Redaktionen, und wir konnten und von seinem behaverntwertigen Zustand überzeugen. Wie fordern, daß gegen diese Gesellen, die die Polizeigewalt so handgreiflich ausüben, mit aller Härte vorgegangen wird.

Zum Regierungsvorsitzenden in Potsdam ist der Brandenburger Oberbürgermeister Schlenker ernannt worden.

Aufhebung des Belagerungsstandes verflüßte das preussische Staatsministerium in den Kreisen Allenstein, Osterode, Reibersburg, Ortelburg, Johannsburg, Uda, Uden und Sendburg.

500 deutsche Kriegs- und Zivilgefangene aus Mandchurien sind Freitag früh im Lager Lechfeld eingetroffen. Ein zweiter Transport ist in drei Tagen zu erwarten. Der erste Heimtransport der Kriegsgefangenen aus Japan hat am 25. Dezember Japan verlassen.

Bei der Stichwahl in Bromley in England hat der Kandidat der Koalition 1145 Stimmen erhalten, der der Arbeiterschaft 1007.

Inlandspreise und Außenhandel.

II.

F. B. Was bedeutet solche Selbstkontrolle der Industrie und was kann sie leisten? Verhindern kann sie zweifellos, wenn sie nicht selbst mit Schiebern durchsetzt ist, den wilden Handel, den Schieberverkauf an das Ausland. Sie wird schon aus Konkurrenzinteresse dem wilden Handel, dem nicht brandgefährlichen Schieber energischer zu Leibe rücken als irgendeine bürokratische Regierungsstelle. Sie wird auch jene ganz sinnlos niedrigen Verkäufe zu einem Bruchteil des Weltmarktpreises verhindern können, schon durch allgemeine Einführung der Bezahlung in ausländischer Währung, wodurch der Vergleich mit dem Weltmarktpreis ohne weiteres gegeben ist, während der Vergleich mit dem Inlandspreis ferner liegt. Die Ausfuhrindustrie wird aber, und das ist schon ein wesentliches Bedenken, immer noch erheblich unter dem Weltmarktpreis verkaufen, um die ausländische Konkurrenz, vor allem die Englands und Amerikas zu unterbieten und aus dem Felde zu schlagen. Sie wird planmäßig eine „Dumpingpolitik“ betreiben, den Gegner besonders an den umstrittenen Punkten weit unterbieten um so die frühere Stellung auf dem Weltmarkt wieder zu erobern, vielleicht sie noch auszuweiten. Sie kann das bequem und billig, denn der tiefe Stand der Valuta wirkt wie eine Ausfuhrprämie, nur brandet diese Ausfuhrprämie nicht von der Industrie selber getragen zu werden, wird auch nicht auf dem langwierigen Wege eines staatlichen Zuschusses mit parlamentarischer Bewilligung aufgebracht, sondern ganz automatisch von der deutschen Volkswirtschaft, das heißt von den Verbrauchern getragen, denen bei andauerndem Unterbieten des Weltmarktpreises einfach entsprechend weniger Zahlungsmittel für den Einkauf notwendiger Lebensmittel im Ausland zur Verfügung stehen. Zweifellos aber wird eine solche Selbstorganisation doch einen ganz wesentlich höheren Preis beim Verkauf an das Ausland erzielen als der wilde, nicht fachkundige Schieberhandel. Dieser hohe Preis bedeutet aber einen ganz ungeheuren, bei dem jaigen Stande der Valuta in die Milliarden gehenden Mehrgewinn. Und dieser Gewinn auf Kosten der Valuta würde einzig und allein in die Taschen der an der Ausfuhr beteiligten Industrie und des Handels fließen, zu der gleichen Zeit, wo die große Menge des deutschen Volkes infolge dieses gleichen ungünstigen Valutastandes den schwersten Schäden erleidet, indem ausländische Lebensmittel und mit Hilfe ausländischer Rohstoffe erzeugte Waren unerhört teuer bezahlt werden müssen.

Dieser Zustand wäre aber nicht nur eine große, vom sozialistischen Standpunkt niemals zu rechtfertigende Ungerechtigkeit. Nein, was viel schlimmer ist: Eben, daß eine solche Selbstorganisation den ungeheuren Valutagewinn selbst einstecken würde, macht sie unfähig, die wichtigste Aufgabe einer vernünftigen Regelung des Außenhandels zu leisten: nämlich die Inlandspreise und damit die Volkswirtschaft von den Schwankungen der Valuta und den dadurch ins Phantastische gesteigerten Weltmarktpreisen unabhängig zu machen. Im Gegenteil: gerade diese Selbstorganisation der Industrie würde die oben besprochene Anpassung der Inlandspreise an den Weltmarktpreis automatisch herbeiführen.

Das soll im folgenden näher ausgeführt werden. Es würde sich bei der Selbstorganisation der Industrie ein doppelter Mechanismus ergeben, der die Erhöhung der Inlandspreise auf den Weltmarktpreis zur Folge hätte.

Zunächst aus den Kreisen der beteiligten Industrie selber. Wenn diese Organisation überhaupt irgendeinen Zweck haben soll, so kann es, neben der Ausschaltung des wilden Handels und der Erzielung eines möglichst hohen Preises beim Verkauf auf dem Weltmarkt, nur der sein: die Ausfuhr der Gegenstände, die der Volkswirtschaft erhalten bleiben müssen, auszuwickeln und die Ausfuhr der Gegenstände, die wir als Zahlungsmittel für die unbedingt nötige Einfuhr abgeben müssen, auf das richtige Maß zu beschränken und die Beteiligung an dieser Ausfuhr für die einzelnen Fabriken zu kontingentieren. Wir haben nun gesehen, wie ungeheuer der Gewinn ist, der beim Verkauf an das Ausland gegenüber dem heutigen Inlandspreis zu erzielen ist, und da kann man sich vorstellen, wie stark das Drängen jedes einzelnen Werkes nach möglichst hoher Beteiligung an dem Ausfuhrkontingent sein wird. Und es ist kein Zweifel, daß eine Vereinigung der Interessenten selber diesem Drängen ihrer eigenen Mitglieder auf die Dauer nicht den nötigen Widerstand entgegenzusetzen kann. Die Kontingente würden allmählich immer weiter erhöht werden, und das Endergebnis wäre, daß nach wie vor der größte Teil der Produktion an das Ausland ginge und für die Deckung des Inlandsbedarfes nur ein verhältnismäßig kleiner Bruchteil übrig bliebe, solange sich das Ausland nicht entschließt, dieselben phantastischen Preise anzulegen, die das Ausland infolge der Valutadifferenz mit Rechtigkeit zahlen kann. Das fressende Viehvieh des Verlangens solcher Interessenten-Selbstkontrolle ist bis in der letzten Zeit ungeheure Ausfuhr von deutschem Stahl während des Krieges. Es ist festzustellen worden, daß in der gleichen Zeit, wo die Kämpfe vor Verdun und an der Somme tobten, als jede fehlende Tonne Stahl an Munition und Materialersatz mit Renditenhut bezahlt werden mußte, noch deutscher Stahl in Mengen nach dem Ausland ging, und zwar unter den Augen des mit der Kontrolle betrauten Stahlwerksverbandes, der sich darauf beschränkte, den Verkauf für die unerlaubte Ausfuhr eine Konventionalstrafe von ganzen 5 Mark pro Tonne aufzuerlegen.

Die Entrüstung, die nach dem Bekanntwerden dieser Tatsache durch einen Teil der deutschen Presse ging, die Kennzeichnung der beteiligten Personen als Hochverräter und Verbrecher trifft oder, wissenschaftlich betrachtet, nicht den Kern der Sache. Diese Männer waren keine schlahten Menschen als andere auch, aber es ist eben eine soziologische Grundtatsache, die als solche wissenschaftlich erkannt und in der Praxis beachtet werden muß, daß eine Selbstorganisation von Interessenten niemals auf die Dasein gegen ihre eigenen nachliegenden Interessen handeln kann, zugunsten etwa eines höheren Interesses der Nation oder der Volkswirtschaft.

Deshalb wird auch diese hier geplante Selbstorganisation der Interessenten das Ergebnis haben, daß, wie auf der Frankfurter Messe schon der inländische Einkauf aller Branchen mit leeren Händen abziehen mußte, weil er gegen die Phantastpreise, die die ausländischen Einfuhrer boten,

nicht aufkommen konnte, so auch in Zukunft die deutsche Volkswirtschaft nur die Wahl hat, entweder an den notwendigen Bedarfsartikeln Mangel zu leiden oder die Preise bis zur vollen Höhe des Weltmarktpreises auch für den Inlandsbedarf zu zahlen.

Auf diese Weise schon würde also die Angleichung der Inlandspreise an die hohen Weltmarktpreise automatisch eintreten. Aber noch auf eine andere Weise würde hier ein Mechanismus sich geltend machen, nämlich auf dem Wege über die eingeführten Waren. Wenn, wie es bei der Selbstorganisation der Industrie die Folge wäre, der Gewinn an unserer ungünstigen Valuta im wesentlichen umgewandelt in die Taschen von Privatpersonen fließt, so muß andererseits der Schaden des Valutastandes in den hohen Preisen der eingeführten Waren ebenfalls unvermindert von den Verbrauchern dieser Waren getragen werden. Der Verlust der Regierung, durch Reichszuschüsse zu den ausländischen Lebensmitteln diese Last zu mildern, muß sich als unzulänglich erweisen und hat sich bereits als unzulänglich erwiesen. Als dauernde Maßnahme und in wirklich ausreichendem Umfang muß er den finanziellen Zusammenbruch des Staates führen, und so hat die Regierung sich schon jetzt entschließen müssen, die Verkaufspreise heranzuziehen und die Menge der verfügbaren Ration zu erniedrigen. Dadurch vergrößert sich die Menge der Lebensmittel, die der Verbraucher zu den unverminderten Auslandspreisen kaufen muß. Dies muß wieder ein Steigen der Löhne und die Verteuerung anderer, im Inland hergestellter Waren zur Folge haben. Nötig uneingeschränkt wird der Verbrauch aber von den Preisen ausländischer Rohstoffe, wie Gummi, Kupfer, und vor allem Wolle und Baumwolle betroffen. Die katastrophale Folge des Auslandspreises ist aber seine Wirkung für die Lage der Landwirtschaft und der inländischen Lebensmittelherzeugung.

Deutsche Kulturträger.

Aus Mitau wird uns geschrieben:

Am 5. November 1919 wurden die deutschen Truppen der Eisenbahn Division von den Letten angegriffen und mußten sich bis Olet zurückziehen. Unterwegs nahmen die Truppen die Bauern die Pferde und das Vieh weg. Wo sich die Letten widersetzten, wurden die Häuser in Brand gesteckt. Das Sturmbataillon No. 8 hat sich dabei am härtesten herbeigeeht. Seine Offiziere sahen den Plünderungen ruhig zu. Als am 24. November Mitau von den Letten genommen wurde, haben vorher die deutsche Polizeikompanie und das Bataillon No. 800 alle öffentlichen Gebäude ausgeplündert und in verschiedenen Straßen Feuer gelegt. Es sind folgende Häuser abgebrannt: die Post, das Polizeigebäude, das Hotel Kurland, das Postamt, das Schloss, der Bahnhof, die beiden Kasernen und noch eine ganze Reihe weiterer Gebäude.

Das Freikorps von Brandt hat in der Gegend von Dauske gekämpft und bei seinem Rückzuge die Christen Wimpfen, Stiegen und Salgallen niedergebrannt, Vieh und Pferde mitgenommen. Viele Bauern mußten dabei ihr Leben lassen, andere wurden total ausgeplündert. Getreide, Hafer und Lebensmittel wurden weggenommen und nirgends bezahlt. Man darf sich nicht wundern, wenn die Deutschen von anderen Völkern nach solchen Schandthaten ihrer Soldateska gehaßt werden. In Lettland waren die Deutschen lange Zeit sehr angesehen. Aber nach dem monatelangen Räuberwesen, das deutsche Truppen hier entfaltet, empfindet die Bevölkerung gegen Deutschland heute nur noch Haß, und zwar nicht nur die Letten, sondern auch die Deutschen, die sich in Lettland eine Existenz geschaffen haben.

Der Schreiber des vorstehenden Berichtes ist ein deutscher Schlosser, der in Mitau ansässig ist. Seine Darstellung stimmt mit den Angaben überein, die uns von Angehörigen der Baltischen Truppen gemacht worden sind. Die Wegnahme des Viehs und der Pferde während des Rückzugs geschah auf Befehl der Offiziere. Keiner hat sich die Truppen nebenher auch noch auf eigene Faust als Plünderer betätigt und sich gefund gemacht. Das Morden spielte ihnen zu tief in den Knochen. Es ist daher kein Wunder, wenn jetzt in Ostpreußen die Ausschreitungen gegen die eigenen Landsleute ihre Fortsetzung finden. Die östpreussische rechtssozialistische Presse bringt fast täglich lange Schreierungen über Gewalttaten der Baltischen. Die Bauern sind nicht mehr Herr ihres Eigentums, sie werden fast ebenso gemein behandelt, wie die lettische und litauische Bevölkerung in Lettland. Tragend ist die Exzesse Division mit dem Grenzschutz betraut worden. Auch das Bataillon No. 800 in Ostpreußen angeführt die Bevölkerung terrorisieren, während die monarchistische Presse fast täglich ein Loblied auf diese Truppen singt, die das Ansehen des deutschen Volkes so schwer geschädigt haben.

Will die Regierung nicht endlich Anstalten treffen, damit die Verbrechen der Baltischen Division gestoppt werden? Die milde Nachsicht, die sie bisher den Hebelknechten angedeihen ließ, ist geradezu ein Ansporn für weitere Verbrechen.

Der Arco-Prozess.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, soll der Prozess gegen den Mörder Kurt Eisners nun doch stattfinden, und zwar vorabgesetzt im Januar. Der genaue Termin wird festgesetzt, wenn alle ursprünglichen Grundlagen über Arco Verhandlungsfähigkeit vorliegen.

Beratungen über ein Reichsmilchgesetz.

Ueber die Vorbereitung eines Entwurfs für das Reichsmilchgesetz wird mitgeteilt: Zur Zeit finden auf den Wunsch weiterer interessierter Kreise in der Reichshalle für Spezialseite grundlegende Beratungen statt, um einen Entwurf für das Reichsmilchgesetz vorzubereiten.

Das Gesetz dürfte die Milchhygiene regeln und besondere Vorschriften über die tierärztliche Kontrolle der Milch, die Anforderungen an die Einrichtung der Ställe, die Behandlung der gemolkenen Milch, ferner eingehende Vorschriften für die Rohmilch enthalten. Das Gesetz soll die Grundlage aller künftigen Arbeiten bei der Milchherzeugung, Milchverarbeitung und Milchverteilung, insbesondere in den Großstädten bilden. Die Milchhygiene soll den Kommunen übertragen werden. Jede Bedarfsgemeinde soll berechtigt sein, die Kommunalisierung der Milch einzuführen und des Milchverkehrs durchzuführen und die etwa erforderlichen Entgelte vorzunehmen. Die jetzt schon in Kraft befindlichen Vorschriften, nach denen die Beziehungen zwischen Produzenten und Bedarfsgemeinde durch verbindlichen Ausspruch hergestellt werden kann, sollen bestehen bleiben. Von den modernen eingerichteten, zuverlässigen Rollo-

refen soll die Milch an die Melkwerkzeuge, verarbeiteten Häuser, Säuglingsheime und sonstigen Abnehmer abgegeben werden. Die Best der Milch soll soweit beschränkt werden, als dies das Bedürfnis der Bevölkerung zuzieht. Grundhaft soll sein, daß aus dem kommunalen Milchbetrieb ein Gewinn nicht erzielt werden darf, da es sich lediglich um die Lösung einer Aufgabe des Volkswohls handelt.

Amerikanisch-alliierte Finanzgeschäfte.

London, 2. Januar.

„Daily Chronicle“ meldet aus New York, Grey habe seine Reise nach London angetreten, nachdem er von amerikanischer Seite das Versprechen erhalten habe, daß England von Amerika einen Kredit von 15 Milliarden Dollar erhalten würde. Es heißt, daß die Interessengruppe der föderalen Reserve-Bank diese Kautelen finanzieren werde. Die neue Anleihe wird alle bisher an England, Belgien, Frankreich, Italien und den anderen Alliierten gegebenen Darlehen, sowie die bis zur Kommission zu zahlenden Zinsen in sich aufnehmen. Die Umsatze der neuen Anleihe soll 60 Jahre betragen. Die den Alliierten bisher gewährten Anleihen belaufen sich nach den letzten Feststellungen auf ungefähr 2 Milliarden Dollar.

Ein internationaler Konflikt der christlichen und katholischen Gewerkschaftsbewegung, wird in diesem Frühjahr in den Niederlanden stattfinden.

Der dritte der vier Brüder Käßling ist nicht verhaftet und verurteilt worden. Es ist gegen ihn keine Anklage erhoben worden.

Aus aller Welt.

Handgranatenerplosion.

Hannover, 2. Januar.

In Wunstorf bei Hannover fanden bei der Spielerei mit einer Handgranate vier Kinder ihren Tod. Die Kinder hatten die Handgranate in einem Versuch aufgefunden.

In Frankreich hat sich die Hochwasserlage seit gestern wieder vergrößert. Nach den Prognostikern steigen Seine, Marne und Oise fortwährend. Bei Charenton ist der Wasserstand 5 1/2 Meter höher als der normale.

Gewerkschaftliches.

Drohender Generallstreik in Elb-Lothringen.

Die Buchdrucker in Elb-Lothringen haben den Kollektivvertrag gekündigt, und da die Verhandlungen über die Neuauflage eines allgemein gültigen Tarifs gescheitert sind, ist am 3. Januar der Beginn des Streiks der elb-lothringischen Buchdrucker zu erwarten. Der Generalsekretär des elb-lothringischen Gewerkschaftsbundes hat öffentlich erklärt, daß die gesamte Arbeiterschaft Elb-Lothringens mit den Buchdruckern sich solidarisch erklärt.

Zur Lohnbewegung der Brauereiarbeiter.

Am Neujahrstage, vormittags, tagte im großen Saal der Pöppelbräuerei in Koobitz eine Versammlung aller in den Pöppelbräuerei in Berlin und Spandau beschäftigten Arbeitnehmer, welche sich mit der geforderten Erhöhung der Steuerzulage beschäftigte. Die zur Zeit in allen Groß-Berliner Brauereien gezahlten Löhne, welche nicht, wie in der letzten Montagsausgabe der „Freiheit“ berichtet wurde, 120 bis 125 Mark, sondern nur 115 Mark für ungelernie und 100 Mark für gelehrte Arbeiter betragen, reichen bei weitem nicht aus, um den Lebensunterhalt der Arbeiter und ihrer Familien bestreiten zu können, was ja auch von den Arbeitgebern voll anerkannt wird. Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme:

Die am 1. Januar 1920 versammelten Arbeitnehmer der Pöppelbräuerei Berlin und Spandau nehmen mit Entschiedenheit Kenntnis von dem Angebot der Unternehmer, welche, nachdem sie den Preis des Bieres gewaltig gesteigert haben, ihren notleidenden Arbeitern nur eine Zulage von 25 Mark bewilligen wollen. Die Versammelten erwidern in dem Angebot eine Verhöhung ihrer berechtigten Forderung auf Erhöhung der Steuerzulage um 60 Mark und sind überzeugt, daß es den Groß-Berliner Brauereien wohl möglich wäre, die geforderte Steuerzulage zu bewilligen. Die von den Unternehmern vorgeschobene schlechte finanzielle Lage wird von den meist überaus günstigen Jahresabschlüssen des vergangenen Geschäftsjahres widerlegt. Sollten nun die Unternehmer den Arbeitern ihre berechtigten Forderungen nicht erfüllen, so sind die Versammelten entschlossen, den Kampf gegen die Ausbeuter aufzunehmen. Die Versammlung gibt sich aber auch dann keinen Rücksichten hin, wenn die Unternehmer die letzte Forderung der Brauereiarbeiter erfüllen würden und erklärt, daß die Versammelten erkannt haben, daß nur die völlige Ausschaltung der Kapitalistenklasse zur Beseitigung des durch den Krieg fast völlig zerstörten Wirtschaftslebens führen kann. Die Beseitigung der Kapitalistenklasse kann aber nur durch den schärfsten politischen Kampf erreicht werden. Daher verpflichten sich die Arbeitnehmer der Pöppelbräuerei am politischen Kampf vollen Anteil zu nehmen und nicht zu ruhen und zu rasten, bis der jahrausjahre, knurrende Unterdrück der Menschheit erschmetert am Boden liegt und die Diktatur des Proletariats zur Wirklichkeit geworden ist.

Ebenfalls einstimmig angenommen wurde ein Antrag, welcher die Beteiligung der Arbeiter der Pöppelbräuerei an Reingewinn ablehnt, da die Arbeiter keine Vorteile davon erlangen, sondern ausschließlich Löhne verlangen. Diese Gewinnbeteiligung würde selbst im allernützlichsten Falle einen lächerlich geringen Betrag ausmachen, aber bei allen vorkommenden Bewegungen der Arbeiter einen Gemeinschafts bedeuten.

Für die Frauen

Winke zum Sparen beim Kochen und Heizen

in der

FREIEN WELT, HEFT 33

25 Pfennig

Bei jedem Zeitungshändler zu haben

Groß-Berlin.

Neues Jahr.

Glodenlanten, Freudenstöße,
 Botels, Punsch und Kuchenberg,
 Neujahrswünsche, Äpfel, Wisse
 Kinder spielen Feuerwerk.

West in Krämpfen, Norden, Ringen,
 Leichen türmten sich zum Berg,
 Kirche, Halleluja-Singen
 Kinder spielen Feuerwerk.

Bürgerkrieg, Kanonen krachten,
 Fühlt der Mensch sich nun als Zwerg?
 Forgetrott, Konfettischlochten
 Kinder spielen Feuerwerk.

Hungerkuchen, Staatsbankrotte,
 Tod grinst vom Papiergeldberg.

„Hast Du gekostet, Lotte?“
 Kinder spielen Feuerwerk.

Rox Drinker.

Der Groß-Berliner Etat.

Die Gemeindebehörden Groß-Berlins haben jetzt mit der Aufstellung der Voranschläge für das Rechnungsjahr April 1920/21 begonnen. Der Berliner Magistrat hat sich mit den Verwaltungen der Vororte ins Einvernehmen gesetzt und ihnen nahegelegt, mit Rücksicht auf die bevorstehende Zusammenlegung Berlins und der Vororte ihren Voranschlag schon auf die neuen Verhältnisse einzustellen. Zu diesem Zweck werden in nächster Zeit Besprechungen der Kammerer der einzelnen Gemeinden stattfinden. Einige Vororte haben ihre Zustimmung zu dieser gemeinsamen Arbeit schon gegeben. Ueber die finanziellen Verhältnisse der Vororte läßt sich zur Zeit ein genaues Bild nicht geben. Einige Gemeinden glauben, ihre Unterbilanz für das laufende Rechnungsjahr nur durch die Erhebung einer kleinen Steuerquote ausgleichen zu können; einige andere Vororte wieder hoffen, mit der Erhöhung der Lustbarkeitssteuer, wie Berlin sie vorschlägt, zurecht kommen zu können.

Berliner Wohnungsorgen.

Die Wohnungsorgen in Berlin wachsen. Täglich kommen Flüchtlinge nach Berlin, die Unterkommen wollen. Das Wohnungsamt weiß nicht aus noch ein. 22 000 Räume werden benötigt, einige Hundert stehen aber zur Verfügung und die sind auch danach. Das Wohnungsamt beschlagnahmt Räume, die es aber oft wieder freigegeben muß. Heute, dessen bekannt ist, wo große Wohnungen nur von einigen Deutschen bewohnt werden, machen den Wohnungsämtern Mitteilung, und es wird dann der Sache nachgegangen und versucht, Obdachlose unterzubringen. Alles das ist nur Notbehelf. Es fehlt eben an Wohnungen. Die vielen jungen Leute, die heiraten wollen, müssen bei den Eltern unterzukommen suchen, bis sich „unter der Hand“ von hinterher eine Wohnung findet. Das ist Glücksfall. Die Zahl der Wohnungen bleibt knapp.

Die Flüchtlinge sollen man in Baracken Unterkommen finden, die auf dem Tempelhofer Felde errichtet werden.

Die Arbeiten gehen dem Ende entgegen, so daß dort einige Tausend Flüchtlinge unterkommen werden. Notwohnungen sind auch im südlichen Obdach errichtet worden. Wie es dort aussieht, geht aus einer Beschreibung eines Mieters hervor, die in der „Volkzeitung“ abgedruckt ist und die lautet:

„Im südlichen Obdach (Koblenstraße) sind in den Sälen, in denen während des Krieges Wohnungen untergebracht waren, Notwohnungen eingerichtet. In jedem Saal sind fünf verschiedene Räume von 18 Quadratmetern durch ungefähr 3 Meter hohe Treppentritte abgeteilt. Nach oben hin sind diese Räume offen, da die Fenster als Oberlicht gebaut sind. In jedem Ende des Saales befindet sich eine Gaslampe. Nach Eintritt der Dunkelheit sind daher die drei mittleren Räume unbenutzbar. Zum Essenlochen stehen zwei Gasöfen zur Verfügung. Die Heizung ist für die ganzen Säle gemeinsam und wird innerhalb 24 Stunden vier bis fünfmal angestellt und zwar je auf 1/2 bis 3/4 Stunde. Für diese Wohnungen (nach Mietvertrag „Kojen“ genannt) wird vom Wohnungsamt VII pro Monat und Raum 45 Mark (bisher 60 Mark) verlangt. Wer nun, um seine Sachen unterzubringen, gezwungen ist, zwei Räume zu nehmen, bezahlt für den zweiten Raum ohne Licht und ohne daß für diesen Raum der Gasofen benutzt wird, denselben Preis; also für zwei Räume 90 Mark den Monat. Auf Vorstellungen beim Wohnungsamt wurde uns im Ton eines willkürlichen Beamten erwidert, ob wir den Vertrag unterschreiben wollen oder nicht. Außerdem fühlte sich dieser Herr (namentlich) beschämt, und verzweifelte gerade wir seien diejenigen, die seine Miets bezahlten wollen.“

Es dürfte notwendig sein, den Miets nachzugehen und sie abzustellen, den Herrn aber, der so selbstbewußt auftritt, wie hier geschildert, zu sagen, daß er sich anderweitig verwenden lassen soll als zu sozialen Aufgaben.

Weider ist während des Krieges nicht vorgebeugt worden und jetzt ist es zu spät.

Gegen die Berliner Theatersteuer.

Gestern nachmittag trat der Verband der Berliner Bühnenleiter zusammen und nahm Stellung zu der vom Berliner Magistrat und den Magistraten der anderen Groß-Berliner Gemeinden geplanten Theatersteuer.

Das Wort nahm zuerst Herr Holländer, der anführte, daß einmütig die Steuer von den Theaterdirektoren abgelehnt werden müsse, weil kein Theater die außerordentlich hohe Steuer zu tragen vermag. Die Steuern und Löhne seien über das Maß hinaus, andere Ausgaben um mehr als das Zehnfache gestiegen. Daß das Theatergeschäft floriere, ist eine irrtümliche Auffassung. Die Preise der Bühnen würden gerade mit aller Mühe noch halten. Würde die Steuer auf das Publikum angewandt, so würden die besten Plätze nicht mehr gekauft. Es sei bei der Annahme der Steuer zu erwarten, daß eine ganze Reihe von Theatern stillgelegt würde. Der Steuerfiskus würde dadurch nicht gefüllt, aber ein kostbares Kulturgut wäre zerstört. Die Stadt Berlin habe nie etwas für das künstlerische Leben getan, und jetzt habe die Kommune im Begriff, das Berliner Kunstleben zu erschöpfen.

Direktor Haller führte aus, daß die Konjunktur für die Theater Berlins düster sei. In dieser Zeit sei kein Theater ausverkauft gewesen. Auf das Publikum könne die Steuer unter keinen Umständen abgewandt werden, es ginge jeder nicht mehr ins Theater.

In der weiteren Diskussion monierte Dr. Rosenberger, daß kein Theaterbetreiber bei der Aufstellung des Etats mit Rücksicht auf die Steuer zu rechnen dürfe. Auf die künstlerischen Verhältnisse mit den Arbeitern könne man sich nicht mehr verlassen. Dr. Selig vom Kulturministerium vertrat die Meinung, daß das Kulturministerium an den Magistrat herantreten dürfe, damit der Entwurf nicht Gesetz werde. Es könne und dürfe nicht angehen, daß sich Kultur- und Finanzpolitik widersprechen. Wenn auf der einen Seite 50 Millionen Mark für kulturelle Befunde anfallen ausgeben werden, können nicht auf der anderen Seite kulturelle Betreibungen beschnitten werden. Direktor Rejt von der „Freien Volksbühne“ lehnte die Steuer ebenfalls ab. Berlin

habe für die Volkstheater noch nichts getan, sei aber jetzt sofort darauf bedacht, daß die Opernbühnen pünktlich bespielt werden. Je ein Vertreter des Transportarbeiterverbandes und des Rentiervereins schloß die Besprechung der Bühnenleiter ab, daß nach Rücksprache auf die Stadtverordneten der Arbeiterschaft verhandelt werden würde, die Vorlage zu Fall zu bringen.

In einer mit den maßgebenden Juristen am 7. d. M. stattfindenden Sitzung soll dem Magistrat eine Entschärfung der Berliner Theaterdirektoren vorgelegt werden.

Achtung! Arbeiterräte!

Am Montag, den 5. Januar, abends 6 Uhr, findet in den Borussiahallen, Adlerstr. 9, eine Vollversammlung der Arbeiterräte statt.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das vollständige Erscheinen sämtlicher Arbeiterräte.

Der Vollzugsrat,
 Rich. Müller, S. Heinen.

Die neuen Mehlpreise.

Der Magistrat Berlin veröffentlicht eine Verordnung über Mehl und für Mehlpreise, die am 5. Januar 1920 in Kraft tritt.

Großbrot darf nur im Gewicht von 2860 Gramm oder 2000 Gramm, Kleingebäck nur im Gewicht von 30 Gramm, Kranzenbrot nur im Gewicht von 1850 Gramm, 1000 Gramm und 850 Gramm hergestellt werden.

Gebäck darf nur abgegeben und entnommen werden, wenn es den Vorschriften des Art. 1 entspricht. Dies gilt auch für die Abgabe an Wiederverkäufer.

Kleingebäck darf nur auf die über 50 Gramm lautenden Abstände des Brotlaufs oder auf Mehlstratwachen abgegeben und entnommen werden.

Der Geböckpreis darf im Kleinverkauf nicht übersteigen bei Großbrot im Gewicht von 2860 Gramm 2,70 M.

	2000	2,35
Kleingebäck	30	0,7
Kranzenbrot	1850	2,08

Bei Abgabe des Gebäcks in Teilen dürfen Bruchstücke von Kleinbrot als volle Kleinbrot geachtet werden.

Der Mehlpreis darf im Kleinverkauf nicht übersteigen für ein Pfund Roggenmehl 82 Proq. 0,50 M.

	80	0,78
		0,77
	75	0,71

Bruchstücke von Kleinbrot dürfen als volle Kleinbrot geachtet werden.

Zum Ankauf des Stahlwerkes Beder.

Die Gemeindevertretung in Reinickendorf hat vor einiger Zeit den Ankauf des Stahlwerkes Beder beschlossen. Dieser Beschluß ist verschiedentlich angefochten worden und auch in der Eingemeindungskommission der preussischen Landesversammlung ist auf diesen Ankauf durch den Vertreter der Stadtregierung Dr. Freund kurz Bezug genommen worden zum Beweise dafür, daß Gemeinden beschließen können, die auch Groß-Berlin freilassen würden. Aus diesem Grunde stellt die Fraktion der unabhängigen sozialdemokratischen Partei in Reinickendorf folgende Entschlüsse fest:

„Die Sorge um eine möglichst zweckmäßige Lagerung der Rohstoffe kennt jede Gemeinde. Insbesondere Berlin kann ein dies tun, welche Gefahr unzulängliche Lagerplätze bei der zeitweise unberechenbaren Zufuhr bedeuten. In ähnlicher Lage befand sich auch Reinickendorf. Die Schmelzereien, bedeutende Teile der Feuerwerksräume, mehrere Turmhallen, Baberäume der Kinder waren ihrem ursprünglichen Zweck entzogen. Das wertvolle Material des Sprengstoffes, Sprengwagen usw. waren jahrelang der Witterung ausgesetzt, Material, heute kaum zu ersetzen. Ein Schuppen, ohne Erlaubnis der Eisenbahnverwaltung gebaut,

Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertragen von Germyla zur Nation.

Neben Jimmie lag ein Farmjunge aus Wisconsin, deutsch dem Namen und den Zügen, ja sogar der Aussprache nach, und dennoch bereit, gegen die Soldaten des Kaisers zu kämpfen, — und gewiß, sie schlugen zu formen. Gatte er denn nicht seit seiner Kindheit in einem freien Lande gelebt und eine amerikanische Volksschule besucht?

Die meisten mußten von komischen Ergebnissen in diesem Lande zu berichten. Die Franzosen waren ja ganz brave Leute, besonders die Mädchen, aber die Ladenbesitzer waren sehr auf ihren Vorteil bedacht, man mußte beim Wechseln aufpassen, die Selbstfälle mit den Zähnen probieren. Und die Sprache — du lieber Gott! Beshoff redet ein zivilisiertes Volk eine Sprache, die an Schweinegerungen gemaht? Jimmie gegenüber lag ein Transporthändler aus Chicago und lag ihm weisen aus einer kleinen französischen Grammatik vor: „an, in — on, un,“ wie Säbaine in allen Größen.

Wollte man Brot, so mußte man „Pain“ verlangen, eine Eierpeite hieß „Omelette“, und als Sprachübung sollte man versuchen, auf französisch fünf-hundert-fünfundsünfzig Francs zu sagen!

Zum Glück brauchte man dies nicht oft aussprechen — nicht bei der Soldatenlöhning, gekochte denn beim Lohn eines New-Yorker Mannes. Ubrigens konnte sich der Erzähler nicht besorgen, er möchte die Gebärde des Essens und Trinkens, und man brachte ihm so lange Speisen, bis die richtige darunter war. Einmal hatte er ein Mädchen kennen gelernt, das ihm gut gefiel, er wollte es zu einer arbeitsreichen Mahlzeit einladen und jemand auf ein Stück Papier ein Quin auf. Sie sprach mit dem Kellner und er brachte zwei weißgebackte Eier! So sind die Franzosen, wenn sie ein Mädchen zum Essen einladen.

IV.

Jimmie wurde in ein Postautomobil verladen und kaufte davon. Hier merkte man schon den Krieg; in entgegengelegten Richtungen bewegten sich zwei Hügel auf der Landstraße: französische Soldaten und Material, die der Front zutrotzten, Verwundete, ins Hinterland zurückziehend. Die Landschaft glich Broadway zu den belebtesten Stunden, bloß daß hier alles in Staubwolken eingehüllt war, man sah nur auf Augenblicke die Chaufreure mit starren Gesichtern und

blutunterlaufenen Augen. Bisweilen stauten sich die Gefährte, flüchte in allen Sprachen wurden laut, Generalstabsautomobile ritten, die Landstraße verlassen, über die Felder dahin, Nezer und Eingeborene aus den französischen Kolonien benutzten die Gelegenheit, um sich im Graben hinzulegen.

Jimmie ward in einem Dorf abgeladen, wo sich seine Abteilung befand. Sie war in einem jener langen gußeisernen Schuppen untergebracht, wie sie vom Meer über Nacht aufgebaut wurden. Etwa zwanzig Leute reparierten und arbeiteten hier. Jimmie zog sofort seinen Rod aus und machte sich ebenfalls ans Werk. Es gab viel zu tun, ganze Wagenladungen beschädigter Räder wurden hergestellt; Jimmie hatte noch nie derartige Beschädigungen gesehen, in Rummes Roden nicht einmal davon gehört. — Summireisen von Schrapnellplättern zerlegt, Gerüche durch Explosionen formlos gestaltet; häßliche Blutflecke vervollkommen das Bild.

Das Dorf war einer der vielen Orte, wo amerikanische Kräfte die kühner gewordenen französischen Reihen verstärkten. Ein Reiterbataillon lagerte in der Nähe, und außerhalb des Dorfes wurde ein Zeltlager errichtet. Die Front befand sich auf etwa dreißig Meilen Entfernung; man vernahm Gewehrknarren und das dumpfe Grollen der großen Geschütze. In dieser kammrigen Hölle wurden täglich Millionen Dollars in die Luft verpufft, eine gigantische Fleischmühle jermalmte seit fast vier Jahren Tag und Nacht Menschenleiber. Vom Gedächtnis der Kanonen umhüllt, konnte man entweder ein glühender Pazifist oder ein glühender Militarist sein; keinesfalls aber vermochte man geteilte Ansichten zu hegen oder dem Krieg gegenüber gleichgültig zu verharren.

Und dennoch — Jimmie Higgins begte widerstrebende Ansichten! Er wollte die Deutschen zurückzuziehen, die die ganze Schweineerei verschuldet hatten; doch wollte er auch die Kriegsgewinnler schlagen, die dabei ein Schweineereien machten. Jimmie war in einem kritischen Moment eingefroren, es gab keine amerikanischen Kanonen und die verprochenen Maschinengewehre und Keroplane blieben aus. Darüber herrschte in den amerikanischen Zeitungen wilde Aufregung und im Meer heftiger Jörn. „Bestrafung, schmutzige Politik!“ — wurden die Soldaten, und Jimmie stürzte sich auf diese Worte. Er erklärte, wie sich dabei die Kriegsgewinnler verhielten, sich darauf vorbereiten, den zurückgekehrten, arbeitslosen Soldaten auszubenten. Die Reden behagten den Leuten, und der kleine Maschinist freute sich, da er ihre grimmiigen Gesichter sah. Sie würden das

nicht zulassen, erklärten sie, und Jimmie beehrte sie, was sie zu tun hätten.

V.

Doch kam dies nur hiez und da vor, wenn der Wind von der anderen Richtung wehte und man die Geschütze nicht hörte. Meist schweiften Jimmies Gedanken zur Front; in seiner nächsten Nähe sind Tausende von Mitmenschen, mit geballten Fäusten, zusammengeschlossenen Fäusten, von dem einen Gedanken befeelt: das Ungeheuer aufzuhalten. Jimmie sah die grauen Armulanzwagen, die Verwundeten auf den Tragbahnen, verbundene Köpfe, mit Leinwandern verdeckte Leiber, wackelgelbe Gesichter. Er sah die Pollis nach unzulänglich grauenvollen Tagen aus den Schützengräben kommen, lächelnd unter der Verpackung. Jimmie erblickte sie zum erstenmal an einem trostlosen Regentag, da der Staub sich in hohen Wolken verwehelt hatte; die Franzosen waren damit von oben bis unten befruchtet, unter den Stahlhelmen sah man bloß schmutzige Bärte, Nasenpitzen, tief eingesenkte Augen. Sie rasteten unweit der Stelle, wo Jimmie arbeitete, konnten auf den nassen Erdboden, schliefen in Wasserlöden ein, in denen kein Tier geschlafen hätte. Es war nicht nötig, die Schützengräben zu kennen, um zu ahnen, was diese Menschen erduldet hatten. Großer Gott, was geht dort vor?

Jimmie war äußerst froh, so weit von der Front zu sein. Doch hielt dieser seine Trost nicht lange an, denn Jimmie war keineswegs ein Feigling und nicht gewohnt, andere für sich kämpfen und leiden zu lassen. Sein Gewissen begann ihn zu quälen. War dies der Preis für die Rettung der Demokratie, für das Niederringen des Ungeheuers, mit welchem Recht bezahlte nicht auch er ihn? Beshoff kann er warm und trocken und gutgenährt sein, während Frankreichs Arbeiter im strömenden Regen liegen?

Jimmie machte umsonst Ueberstunden — etwas, das er nie für den alten Granit oder Rumme getan hätte. Drei ganze Tage vergaß er seine lebenslängliche revolutionäre Gesinnung und war ein begeisteter Militarist. Dann aber geriet er in Streit mit einem rothaarigen irischenen Sozialisten seiner Abteilung, der behauptete, jeder Sozialist sei letzten Grundes ein Verräter, und die Truppen sollten nach Beendigung des Krieges gegen die Sozialisten ausgeschied werden. Jimmie ging in seiner Wut weiter, als er gewollt hatte, was ihm einen strengen Tadel von seinen kommandierenden Offizieren eintrug. Dem loberten seine proletarischen Gefühle wieder auf, — er verlangte — Deutsche her — nach sofortiger Revolution.

Fortsetzung folgt.

Werte unserer Wehrmacht. Die Anlage so gemacht, daß jeder Tag ein Unglück passieren konnte. Die Bahn drohte jeden Tag, seinen Wagen mehr dazu zu dirigieren und veranlaßt umgehenden Abbruch des Schuppens. Nur dem guten Willen des Rangierpersonals ist es zu danken, daß Reinickendorf nicht manchmal ohne Brot gelitten ist. Singsu kam, daß über diesen einen Schienenstrang und alle anderen Güter der anliegenden Werke gehen, so daß während des Rangierens oft an einem Waggon tagelang ausgelassen wurde. Der Mangel an Lagerraum ging oft soweit, daß im Keller des Gemeindegewerks nacheinander Marmelade, Pflaumen und Maismehl gelagert werden mußten. Große Firmen fragten in Reinickendorf nach Lagerplätzen an. Zur Miete war nichts zu bekommen. In gleicher Zeit kam die Nachricht von den verstorbenen Reichsräten in Berlin. Da haben wir also entschlossen gehandelt und eine sich bietende Gelegenheit beim Schopfe ergriffen. Nach sehr eingehender Beratung und Erörterung aller anderen Möglichkeiten ist dann der Anlauf des Stadtwirtschafts Rats gegen die bürgerlichen Stimmen von beiden sozialistischen Fraktionen beschloffen worden. Das Grundstück mit wertvollem Inventar und noch vielem freiliegendem Gelände hat 1.300.000 RM. gekostet und übersteigt mit dieser Summe nach der Lage des Bauamts nur wenig den Friedenspreis. Es würde zu weit führen, Einzelheiten aufzuzählen, die dazwischen kämen, welche Ersparnisse sich im Laufe der Zeit für die Gemeinde ergeben müssen. Das mag an anderer Stelle geschehen. Der Einspruch, von bürgerlicher Seite an den Berliner Wirtschaftsratsrat gerichtet, hat wohl eine Ablehnungsforderung dieser Körperschaft gezeitigt, aber keinen Weg aufgezeigt, unsere Notlage zu beheben. So haben wir uns selbst geholfen. Dem kommunistischen sozialistischen Groß-Berlin glauben wir jedenfalls eine andere Morgengabe zu bringen als es die westlichen Gemeinden, die Charlottenburg mit seinen 18.000 RM.-Städträten und ähnlichen Schönheiten, es fertig bringen. Der Schmerz aller reaktionären Elemente ist oben der, daß der angekaufte Wert außer zur Lagerung von Lebensmitteln auch der kommunalen Eigenproduktion dienen soll. Eine eigene Reparaturwerkstatt sollte eine Tischlerei und über die ersten Anfänge bereits hinaus. Wir decken die Schutertätigkeit örtlicher Kommunalverwaltung fernestmöglich. Aber irgendwo und irgendwie muß doch einmal der Anfang gemacht werden.

Neue Bestimmungen für Schülermonatskarten. Die Bestimmungen für Schülermonatskarten auf der Stadt- und Ringbahn, sowie im Berliner Vorortverkehr sind neu aufgestellt worden. Sie werden 2. und 3. Klasse im gleichen Umfange wie die Monatskarten ausgegeben und zwar an Besucher und Besucherinnen von Hochschulen, von höheren und niederen Schulen,

von Fortbildung-, Gewerbe-, Handels- und Industrie-Schulen, auch von privaten Lehranstalten sowie zum regelmäßigen Besuche von Lehrgängen zur Erwerbung von häuslichen oder Handarbeiten, für Lehrlinge von Lehrern und Lehrerinnenseminaren, Präparandenanstalten, und für Konfirmanden. Auch erwachsene oder selbständige Personen können sie zum Besuche von Fortbildungs-, Gewerbe- und Fachschulen, Einzelunterricht, Fortbildungskursen für Lehrer und Handwerker erhalten, sofern der Unterricht lediglich die Ausbildung für einen künftigen Beruf oder Gewerbe bezweckt. Für Schulkinder werden je besondere Karten ausgestellt. Sie können auch für verschiedene Strecken und Wagnisse gelten. Für Schulkinder unter 10 Jahren werden weitere Vergünstigungen nicht gewährt.

Die neue Mieterordnung hat, wie zu erwarten war, bei den Hausbesitzern lebhaft Proteste hervorgerufen, die in nichts geringeres als dem Streik, Einweisung der Steuerzahlung und Verweigerung der Anerkennung der Mietordnung gipfeln. Wegen dieser offenen Auflehnung der Hausbesitzer nimmt der Mieterverband Groß-Berlin am Sonntag vormittag 11 Uhr in einer Massenversammlung im Lustgarten Stellung.

Die Eröffnungsfeier der Volkshochschule Groß-Berlin findet am Sonntag, den 10. Januar, nachmittags 5 Uhr, in der großen Aula der Umverteilung statt.

Freie Hochschulgemeinde für proletarische Kultur. Die für den 5. und 6., 7. und 12., 6. und 10. d. M. angeführten Vorträge über Grundfragen proletarischer Kultur finden statt nur am 9. und 13. (Volkshaus Charlottenburg, Hofmannstr. 3) und am 12. und 16. (Andreas-Säle, Andreasstr. 21). Auskünfte durch die Geschäftsstelle, RFB. 52, Colwinstr. 27. Anruf von 9-8 Nachmittags 8028.

Die Behebung der häßlichen Wohnverhältnisse hat eine Preis-erhöhung notwendig gemacht. In den Volkshauskonzerten kostet das Brausebad 20, das Wannenbad 50, das Schwimmbad 50 Pfg. Die Preise werden hinter den Selbstkosten erheblich zurück, da es sich um gemeinnützige Anstalten handelt.

In vielen Zigarrenhandlungen Berlins wird zum schmerzigen Kauf von Zigarren angezogen mit dem Hinweis darauf, daß die Verbrauchssteuer in Kürze in Kraft trete. Die Verbrauchssteuerstelle Groß-Berlin weist darauf hin, daß die Verbrauchssteuer seit dem 1. April in Kraft treten wird.

Im Streit erloschen wurde der Schneidermeister Johann Heinrich aus der Brandenburger Straße 73 in Wilmersdorf. Er war vorgestern Abend mit seinem Knecht, dem Poliausheber Dorndorf in einen heftigen Wortwechsel geraten, der schließlich in Tätlichkeiten ausartete. Dabei zog plötzlich der Schneidermeister ein Messer und versetzte seinem Gegner einen Stich in den linken Unterarm. Nun griff der Knecht zur Schußwaffe und gab aus seiner Browningpistole einen Schuß auf seinen Onkel ab. Die Kugel traf Heinrich in den Unterleib und verletzte ihn so schwer, daß er auf dem Transport nach dem Kran-

kenhause in den Folgen der Schußwunde kurz. Dortmund wurde festgenommen.

Lebensmittellisten.

Berlin. Der Magistrat hat den Lebensmittelpreis für Einheitsmischmehl festgesetzt. Es kostet vom 3. Januar 1920 ab das Pfund frische Weizenmehl und frische Roggenmehl 3,20 Mark. — Die Weizenmehl, den 7. Januar 1920, wird an diejenigen Kunden die in den Speisekartenbeständen der in den Bezirken der 3. und 23. Bezirkskommission und bis Donnerstag, den 6. Januar 1920, bei in den Bezirken der 1., 2., 4., 5., 6., 7., 16., 17., 18., 19., 21., 175., 242. und 243. Bezirkskommission gelegenen Geschäfte (Müllereien, Verkaufsstellen) eingetrogen sein, pro Kopf 125 Gramm Mehl verteilt.

In Schöneberg findet bis zum 6. Januar Voranmeldung statt für 100 Gramm Weizenmehl auf Abschnitt 104 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte und 200 Gramm ausländisches Zerealienmehl (Rohmehl) auf Abschnitt B. 24 der Einfuhrkarte.

Aus den Organisationen.

7. Distrikt. Sonntag, den 4. Januar, vormittags, Besichtigung des Erziehungsanstalt „Lindenhof“. Treffpunkt 10.30 Uhr am Schulhof Dönhofs-Platz/Schöneberg. 17. Distrikt. Heute, Sonntag, abends 8 1/2 Uhr, bei Beyer, Willersstraße 120, Agitation- und Bildungs-Kommission; Stellungnahme zu den Elternbeiträgen.

18. Distrikt. Heute, Sonntag, abends 7 Uhr in der Schulaula Kronprinzstr. 10. Mitgliedsversammlung. Vortrag Gen. Schuk: „Weltliche Schule — Elternbeiträge“.

Regel. Dienstag abends 7 Uhr im Zeichencafé der Humboldt-Schule Kurfas: Volkswirtschaftliche Lehre.

Bereinstafelder.

Oppositionelle Buchdrucker Neukölln-Bezirk. Besprechung am Sonntag, den 4. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Pechnik, Neukölln, Oberstraße 5.

Damen- und Strohhafterbeiter und Arbeiterinnen. Am Montag, den 5. Januar, abends 8 Uhr, Sozial 1, Gewerkschaftshaus, Berolinastr. 10.

Harbener, Ruffner, Pöcher und Backertinnen ujm. aus den Exportgeschäften, Ruffnerstraße, Vertretungen auswärtiger Häuser, sowie aus den Betrieben des Außenhandels. Montag abends 8 1/2 Uhr im Lokal Ritterstr. 30, Ecke Jakobstraße, Berolinastr.

Internationaler Bund der Kriegsfähigen, Ortsgruppe Spandau. Montag abends 8 1/2 Uhr Generalversammlung in der Aula des Ober-Regiments am Kahanstr.-Ring. Mitgliedskarte legitimiert.

Freie sozialistische Jugend, Gruppe Offen. Sonntag, den 4. Januar, findet im Lokal von A. Hoffmann, Hübnerstr. 5, eine Neujahrfeier statt. Anfang 8 Uhr.

Beantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln, Verlagsgesellschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Verlagsdruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Mieter!

Angesichts der von uns erlangten Höchstpreisverordnung für Mieten haben die Hausbesitzer am Freitag den Streik und die Revolution gegen die Regierung beschlossen.

Erscheint in Massen am

Sonntag, den 4. Januar 1920, vormittags 11 Uhr, im Lustgarten zu Berlin.

Kein Groß-Berliner Mieter darf bei der Kundgebung fehlen!

Nieder mit der Gegenrevolution!

Mieter-Verband Groß-Berlin. Geschäftsstelle: Berlin W35, Potsdamer Str. 58, Grff. II.

Kommunistische Partei Deutschlands (Parteilose-Bund), Bez. Berlin.

Am Sonntag, den 4. Januar 1920, vormittags 10 Uhr, in den Pharusälen, Müllerstr. 142:

Öffentl. Volksversammlung.

Agitation: 1. Die politische Lage. 2. Distrikten.

Die Bezirksleitung.

Proletarier!

Montag, Sonntag, den 4. 1. vormittags 10 Uhr, in der Aula des Königshaus, Potsdamer Str. 24:

Öffentlicher proletarischer Vortrag über:

Die Seele des Sozialismus — Das Wesen des Kommunismus — Die Menschheitsreligion.

Referent: Genosse Kurt Stöckl.

Proletarier! Am Interesse Ihrer Befreiung und der Befreiung der Menschheit erhebt sich die Stimme der Menschheit.

Münzen, Briefmarken kauft Grossmann, Johannisstr. 4 Norden 10621.

Metallankauf Kupfer, Messing, Zinn usw. Gold, Silber, Platin, Metallschrotwerk, Waldmannstr. 74

Bettmässen. Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeben. Anst. unanost. Art. beste bewährte gen. gesch. Methode. Institut Eng'brecht, München B. 01, Kanzenauerstr. 9.

„Aufbau und Werden“ Gesellschaft für praktische Volksaufklärung

Otto Perz Beauftragter der deutschen Arbeiterräte in Sowjetrußland spricht über

Sowjetrußland und das deutsche Proletariat Montag, am 3. Januar, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula des Sophienheims, Weinmüllerstr. 16-17 freie Aussprache

Kupferleitungen, Kabel, Litzen, Motoren kauft zu den höchsten Preisen Elektrobüro, Lange Str. 27 I, Ecke Andreasstraße, Alex. 3936.

Schnellaufbohrer, neue, sowie Schmirgelstein, Naturstahl, kauft höchstzahlend jeden Posten Menschel, Moabit, Rostocker Straße 22, Ecke Wittnauer Straße.

Zahngelisse Platinablässe Goldschalen, Silberzahn, Email, Metalle kauft höchstzahlend Silberzahn, Christmann, Köpenicker Straße 30 a (gegenüber Manteufelstraße).

Platin Silber Quecksilber Kupfer Messing Samtl. Almetalle Zahngelisse kauft zu Schmelzpreisen in unseren 4 Einkaufsstellen

„Cohn“ 1) Brunnenstraße 11 (am Rosenthaler Platz) 2) Fennstr. 48 am Weddingplatz 3) Bahnhofsstr. 2 Ecke Schönberg-Str. am Anhalter Bahnhof 4) Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 229 (nahe Hermannsplatz).

Kupfer! Messing! Quecksilber! Samtl. Metallabfälle Platin Silber! Zahngelisse! kauft zu höchst. Schmelzpreisen

Schmelze Baruch nur Beusselstr. 29.

Messing Kupfer, Quecksilber, sämtliche Metallabfälle sowie Platin Gold! Silber! Zahngelisse! kauft zu allerhöchsten Schmelzpreisen

Metallschmelze „Baldes“ WEIDENWEG 72 am Ballenplatz.

Metalle bedeutende Preisermäßigung!

Platin! Zahngelisse, Zahn bis 75.- Mark Gold, Silber, Münzen salpeters. Silber

Quecksilber / Ölstrumpf / Stannolpapier / Tressen / Kupfer / Rotzinn / Messing / Zinn / Nickel / Weißmetall / Aluminium / Blei / Zink

höchstzahlend Edelmetall-Elkkaufbüro Weberstrasse 31 (Alex. 4243)

Goldmünzen, Silbermünzen, Platin, alte Gebisse, Platin-Zähne nicht unter **8 Mark** Hausdorf, Palladenstr. 11, v. U.

Zigaretten!!! erstklassige deutsche Marken Goldfisks, Navy Cat etc. Billigste Tagespreise! Winkler, Schmidstr. 30 Ecke Schallerstr. 7. Mat. 227.

Höchste Preise über Tageskurs zahlt für

Platin- Tiegel, Schalen, Brennstifte, Zahnstifte, Schmelzsch., Blitzableiterspitzen,

Gold- Barren, Münzen, Schmuck, Zahngold, Bruchgold,

Silber- Barren, Münzen, Abfälle, Bostecke, Löffel

nur **Metallkontor** Berlin SW 68, Alle Jakobstr. 138 am Halleschen Tor — Gepründet: 1903 — Tel: Moritzpl. 12888

Tel.-Adr: Metallkontor Berlin SW 68.

Elektrische Leitungsdrähte, Kabel, Litzen, Spulen, Dynamodrähte u. Motoren kauft

Borgwardt, Prinzessinnenstr. 64, Moritzplatz 3363.

Elektrische Leitungsdrähte, Kabel — Litzen Dynamodrähte kauft höchstzahlend

Silbermann Neue Köpenickerstr. 32 Fernspr. Alex. 2115.

Stoffe zur Damen- und Herrenbekleidung Futterstoffe / Knöpfe

Konfektion für Damen u. Mädchen Maßanfertigung

C. Pelz SO 26, Kottbuser Str. 3

Spezial-Arzt Dr. med. Lommer. Syphilis, Harn-, Frauenleiden, Heilung schnell, sicher und schmerzlos ohne Berufsberatung. Köpenick, Höhenstr. 185 Brunnenstraße 185 9-1, 4-8, Sonntag 9-1, alle Sonnt. 9-1.

Rausche Wille kauft zu den höchsten Preisen alle unedlen Metalle, Gold, Silber, Platin, Email, etc. kauft zu den höchsten Preisen alle unedlen Metalle, Gold, Silber, Platin, Email, etc. kauft zu den höchsten Preisen alle unedlen Metalle, Gold, Silber, Platin, Email, etc.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf. Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Kollegen verstorben sind:

Der Dreher **Willi Wciorki** Charlottenburg, Osnabrücker Platz 21, am 12. 12. 1919. Der Arbeiter **Hermann Perbandt** Ufastr. 14, am 12. 12. 1919. Der Arbeiter **Richard Kolodzig** Jägerstr. 20, am 20. 12. 1919. Der Schlosser **Karl Reizow** Neukölln, Weichselplatz 9, am 4. 12. 1919. **Ehre Ihrem Andenken!** Die Ortsverwaltung.

Möbel ganz baar und auf Teilzahlung schon 50 Jahren bei

Barthel Zorndorfer Straße 54

Am 31. 12. 1919, abends 10 Uhr, verstarb nach kurzem Leiden unsere liebe Tochter, Schwägerin und Braut, die Kantoristin **Claire Wendorf** im blühenden Alter von 19 Jahren. Die Hinterbliebenen: Karl Wendorf, Emma Wendorf geb. Baumgart als Elter., Karl, Emma, Marie Wendorf als Geschwister, Rudolf Marzner als Bräutigam, Neukölln, Heideberger Str. 79. Die Beisetzung findet am Montag, den 5. 1. nachmittags 12 Uhr, auf dem Gemeindefriedhof, Neukölln, Mariendorfer Weg, statt.

17. Distrikt 2. Abt. Bezirk 772 A, Am 24. Dezember 1919 verstarb in der Heilanstalt Loslau an Lungentuberkulose unser Parteigenosse **Wilhelm Hoffmeister**. Seine Beerdigung fand am 28. Dezember fern der Heimat statt. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. **Der Vorstand.**

III Geld III für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise! Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wohl! Friedrichstr. 41 III, alle Sonnt.

U. S. P. D. I. Distrikt, 4. Abteilung. In der Nacht vom 29. zum 30. Dezember verstarb plötzlich an Herzschlag unser Genosse **Franz Martha Görlich**, Markgrafstr. 6, im 30. Lebensjahre. Eine ihm Andenkens! Die Einäscherung findet statt am Montag, den 5. Januar, nach 3 Uhr, im Krematorium Gerichtsstraße eingesechert. **Int. Bund d. Kräftearbeit. u. U.** Bezirk Norden 5. Der Vorstand.

Traueranzeige. Unser verstorbenr Genosse **Karl Knaack** Grenzstr. 7, wird am Sonntag, d. 3. Januar, abends 7 1/2 Uhr im Krematorium Gerichtsstraße eingesechert. **Int. Bund d. Kräftearbeit. u. U.** Bezirk Norden 5. Der Vorstand.

Juwelen Platin, Gold, Silber kauft zu hohem Preis

Uhren Goldwaren-Fabrik **J. Weinstock G. m. b. H.** Berlin, Mohrenstr. 16 am Untergr.-Ubl. Fiedrichstr.